

Im Rahmen von:



Veranstaltet von:



Eine Veranstaltung
finanziell
unterstützt durch
die Europäische
Kommission



BÖDEN AUFBRECHEN!

**Bericht: Land-Forum für Ernährungssouveränität
25.-26.11.2016 | Wien**



Reichtum in Form von Grund und Boden konzentriert sich auch in Österreich zunehmend in den Händen Weniger. Österreich gehört zudem europaweit zu den Ländern mit dem größten Rückgang an landwirtschaftlichen Flächen – durch Urbanisierung und Infrastrukturprojekte. Der Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung für das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität. Immer mehr Menschen werden gemeinsam gegen die steigende Landkonzentration in Österreich aktiv. Grund genug, um ein Land-Forum für Ernährungssouveränität auszurufen.

Im Frühjahr 2015 wurde die Idee beim Nyéléni-Treffen der österreichischen Ernährungssouveränitätsbewegung in Villach geboren. Über die letzten Monate haben **FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, NEL- Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft** und **Verein RASENNA – Boden mit Zukunft** gemeinsam an Konzept und Programm des Land-Forums gefeilt. Großes Ziel war es ein Austausch- und Vernetzungstreffen für all jene, die sich für demokratische, ökologische und sozial gerechte Zugangs- und Nutzungsformen von Land einsetzen, zu schaffen. In Kooperation mit den **Wiener Volkshochschulen** fand am 25. und 26. November 2016 das Land-Forum unter dem Motto „*Böden aufbrechen!*“ mit 100 Teilnehmer*innen in Wien statt. Unter den aktiven Teilnehmenden und im Rahmen eines Markts der Initiativen waren VertreterInnen von **ZOILA, Verein RASENNA – Boden mit Zukunft, FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, Feld X, habiTAT, AgrarAttac, Die Brennessel Hauskollektiv, Waldhüttl, Hofkollektiv Zwetschke, Terre de Liens, TNI – Transnational Institute, Ökonauten EG, GELA Ochsenherz, Gartenpolylog, NEL – Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft, Arche Noah** und viele, viele weitere.

An zwei Tagen haben wir zu folgenden Fragen diskutiert und gearbeitet: **Welche politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bewirken die zunehmende Landkonzentration weltweit, in Europa und in Österreich? Welche rechtlichen, politischen und praktischen Ansätze gibt es, um das Recht auf Land anzuerkennen, zu schützen und zu gewährleisten? Wie funktionieren gemeinschaftsgetragene Zugangsformen bereits? Was können wir von anderen europäischen Initiativen lernen? Wie wollen wir unsere Aktivitäten in Österreich bündeln und stärken?**

Das Land-Forum fand statt im Rahmen des Projekts **Hands on the Land for Food Sovereignty** und **Nyéléni Austria**. Veranstaltet wurde es von **FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, NEL- Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft, Verein RASENNA – Boden mit Zukunft** und **VHS – Die Wiener Volkshochschulen**. Zum Programm der Tagung auf www.fian.at/land-forum.

Der vorliegende Bericht wird von FIAN Österreich herausgegeben. An diesem Bericht mitgearbeitet haben Markus Löw, Bernadette Gugerell, Brigitte Reisenberger und Margit Fischer. Der Inhalt entspricht einer Zusammenfassung der Audio-Transkription. Die Abbildungen sind dem Graphic Recording, das von **Anita Berner** direkt vor Ort angefertigt wurde, entnommen. Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Wer mit anderen Land-Aktiven in der Bewegung für Ernährungssouveränität in Kontakt treten oder bleiben will: Bitte auf der Email-Austausch-Liste registrieren: <http://tiny.cc/landliste>

Land in welcher Hand?!



Welche politischen und wirtschaftlichen Dynamiken bewirken die zunehmende Landkonzentration weltweit, in Europa und in Österreich? Wie begegnen landwirtschaftliche Neueinsteiger*innen oder Bäuer*innen ohne Hofnachfolge der Landfrage? Wie können Zugangsrechte von Frauen gestärkt werden? Welche politischen und praktischen Ansätze gibt es, um das Recht auf Land (in der Stadt und am Land) zu verwirklichen?

Sylvia Kay ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim **TNI - Transnational Institute** in den Niederlanden. Sie koordiniert das **Agrarian Justice Programm** und die Kampagne **Hands on the Land for Food Sovereignty**.

Die Landkonzentration in Europa wird durch zwei wesentliche wirtschaftliche Dynamiken vorangetrieben: Einerseits durch den Verlust von landwirtschaftlichen Flächen zugunsten der Urbanisierung und Infrastruktur, andererseits dadurch, dass kleinbäuerliche Betriebe zusehends verschwinden und von größeren übernommen werden. Gemessen am GINI-Koeffizienten ist abzulesen, dass 1 Prozent der Höfe mittlerweile 1/5 der europäischen Agrarflächen kontrollieren. Damit ist Ackerland in Europa noch viel ungerechter verteilt als Einkommen. Dazu kommt, dass diese Entwicklung sehr schnell voranschreitet: In nur 10 Jahren, zwischen 2003 und 2013 sind 1/3 der landwirtschaftlichen Betriebe unter 10 ha in der EU verloren gegangen. Aber auch der Verlust von Agrarflächen an sich entwickelt sich rasant. Österreichweit gingen zwischen 2005 und 2010 100.000 ha an landwirtschaftlichen Flächen verloren.

Seitens des EU-Parlaments gibt es noch nicht lange Aktionen in Bezug auf Landkonzentrationen. Erst seit ca. fünf Jahren wird offiziell anerkannt, dass diese Entwicklung auch in Europa vorhanden ist. Teilweise existieren kleine Öffnungen, welche die Zivilgesellschaft nutzen kann. Ein Instrument, das sich anbietet, sind die **FAO Voluntary Tenure Guidelines**. Diese Land-Leitlinien bilden einen menschenrechtsbasierten

Ansatz, der derzeit vor allem in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit angewendet wird. Dass sie auch in Europa wichtig werden, muss sich allerdings erst durchsetzen. Außerdem ist das **European Land Observatory** ein Anfang, um Daten über die Landfrage in Europa zu sammeln. Es ist geplant, künftig auch Daten über ökologische Konsequenzen, Anbaumodelle und Anstellungsformen in der Datenbank zu erfassen, um den Datenpool zu vergrößern.

Das größte Problem ist hier, dass die verfügbaren Daten sehr technisch und rechtlich sind und sie nur zum Teil für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene bringt die **Nyeléni Europe Bewegung für Ernährungssouveränität** verschiedene Akteure zusammen und bündelt somit die Kräfte im politischen Kampf. Im Dezember wurde eine **Konferenz im EU-Parlament zur Landfrage in Europa** mitorganisiert, an der zentrale politische

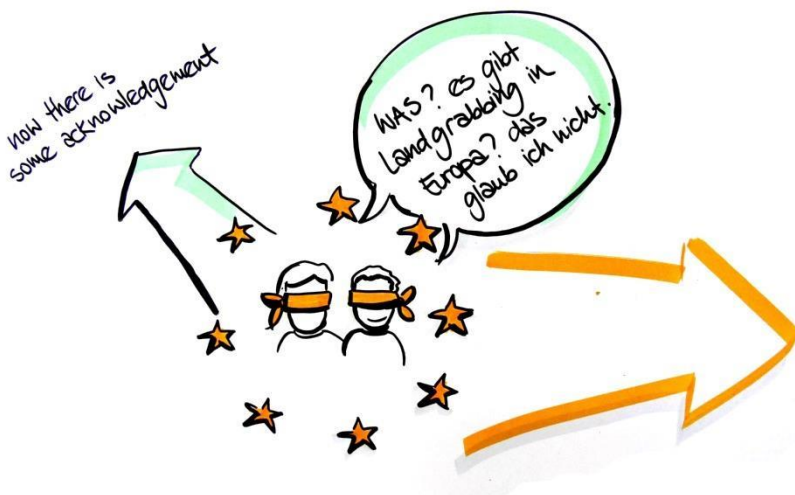
EntscheidungsträgerInnen teilnahmen. Es konnten wichtige Vorschläge eingebracht werden. Die Europäische Kommission ist dabei einer der wesentlichsten Kontrahenten. Sie vertritt die Haltung, dass die Landkonzentration der natürliche Lauf der Dinge sei.

Being strong in conviction and ambitions! Landverteilung muss angesprochen und eine Landreform in Europa gefordert werden.

land is more unequally distributed than water

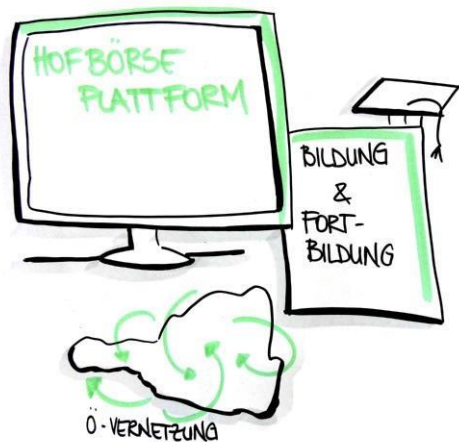
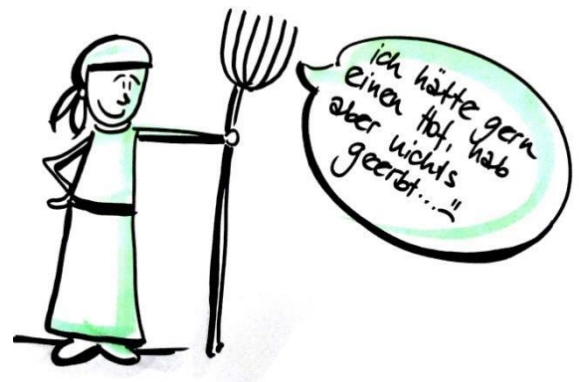


Austria lost 100 000 ha of its farmland in the last 5 years.



Isabella Lang ist Mitbegründerin von **NEL - Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft** in Österreich und der Hofnachfolgebörse.

Neueinsteiger*innen in der Landwirtschaft sind mit Hürden konfrontiert, während in Österreich in den letzten Jahren jährlich 4.000 Betriebe verschwunden sind. Viele, die gut ausgebildet neu in die Landwirtschaft einsteigen könnten, werden aus verschiedenen Gründen daran gehindert. Die fehlende Möglichkeit zur Hof-Erbschaft geht hier allen voran. Bei der Hofsuche trifft man dann auf verschiedene Hindernisse. Da die Landwirtschaftsszene eine geschlossene Gesellschaft bildet, laufen viele Grundverkäufe über Mund-zu-Mund-Propaganda. Neue Nachfolger*innen sind oft davon ausgeschlossen. Außerdem existieren finanzielle Barrieren – die Finanzierung eines Hofes ist oft nicht gesichert und steigende Pachtpreise sind ein großes Thema. Soziale Strukturen, wie das dominante Bild von Landwirt*innen, bilden darüber hinaus Hürden. Für Neueinsteiger*innen ist es oft schwer, in diesem traditionellen Umfeld Fuß zu fassen. Das muss aufgebrochen werden.



Als Maßnahme, um dieser Herausforderung zu begegnen, haben wir eine Hofnachfolgebörse gegründet. Sie soll eine Informations- und Vermittlungsbörse für Menschen sein, die Interesse an Angeboten in der Landwirtschaft oder eine entsprechende Nachfrage haben. Dabei ist die europäische Vernetzung, unter anderem im Netzwerk **Access to Land**, sehr wichtig.

Es braucht mehr Bäuerinnen am Land!

Maria Vogt ist **Bio-Bäuerin aus dem Weinviertel** und aktives Mitglied der **ÖBV-Via Campesina Austria**.

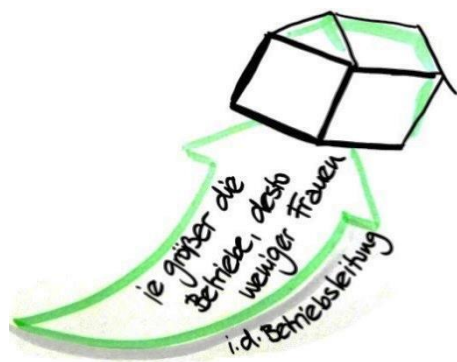
Die Auswirkungen der Landkonzentration auf die bestehende Landwirtschaft konnte ich direkt im Dorf spüren. Viele Betriebe in meinem Ort sind verschwunden. Die Wettbewerbsfähigkeit ist noch immer das zentralste Kriterium für eine Hofübergabe – ist ein Betrieb nicht wirtschaftlich, werden Flächen an andere Höfe übergeben. Dadurch wachsen einige immer weiter, während andere aufgeben. Die Verbauung von Agrarflächen und das Interesse von Investoren sind außerdem Faktoren. Als langjährige Bio-Bäuerin ist es mir daher wichtig, dass die Böden aufgebrochen werden und somit die starren, engen Strukturen, die darüber liegen.

Die Hofnachfolge im Rahmen der außerfamiliären Hofübergabe ist eine Herausforderung, da Hofübergeber*innen ohne Nachfolger*innen oft dazu gebracht werden, ihre Pachtflächen an die Großen zu übergeben. Dabei gibt es alternative Wege, die man aufzeigen kann – um damit die Möglichkeiten für ein Weiterbestehen und Weiterentwickeln von kleinstrukturierten Höfen zu eröffnen. Deshalb ist es wichtig, den Prozess der Ernährungssouveränität voranzutreiben.



Julianna Fehlinger ist Geschäftsleiterin von **ÖBV-Via Campesina Austria**.

Die Geschlechterverhältnisse in der österreichischen Landwirtschaft sind auf den ersten Blick überraschend – über 30 Prozent der Betriebe werden von Frauen geführt. Allerdings gibt es über die wirkliche Eigentumsverteilung bei Land



keine Daten in der Agrarstatistik. Entscheidungen am Hof werden noch immer oft in familiären Strukturen entschieden, unabhängig davon, wer offiziell gemeldet ist. Und es gilt: Je größer Höfe sind, desto eher sind sie in Männerhand. Aus diesen Gründen sieht die ÖBV hier einen wesentlichen Mangel in der bäuerlichen Struktur und möchte die Mitbestimmungsrechte der Frauen stärken, auch global gesehen. Denn je mehr Land in Privateigentum überführt wird, desto eher beschränkt das den Zugang zu Land für Frauen. Commons sind hier eine Lösung.

Erben oder Einheiraten ist noch immer die übliche Art und Weise, wie viele Frauen Zugang zu Land bekommen. Dadurch ist sie nicht unabhängig, denn sie ist „des Bauers Frau“. Der ÖBV stärkt die Rechte der Frau beispielsweise über einen **Frauenarbeitskreis**, wo es um die Frage geht: Was bedeutet es, selbstbestimmt Bäuerin zu sein? Weiters gibt es den **Bäuerinnen-Block**, wo über Erfahrungen geschrieben wird. Außerdem fördern wir den Abhof-Verkauf, da die Beschäftigung in der Verarbeitung und Vermarktung nicht so stark mit dem Bild von männlicher Arbeit behaftet ist wie beispielsweise die Maschinenarbeit, und daher Frauen zugutekommt.



Mut haben und sich trauen, etwas umzusetzen – das ist wichtig. Auch, solidarisch zu sein und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Sarah Kumnig ist Projektmitarbeiterin beim Projekt **Green Urban Commons** an der Universität Wien.



Die Landwirtschaft spielt beim Thema Zugang zu Land in der Stadt Wien eine wichtige Rolle. 15 Prozent der Stadtfläche werden landwirtschaftlich genutzt. Sie ist sehr divers und umfasst Weinbau, Gemüse, Getreide und sogar Tiere. Auch hier stellen aber Landkonzentration und Versiegelung eine Bedrohung dar. Die Landknappheit führt hier allerdings weniger zum Verschwinden als zur selektiven Förderung mancher Arten urbaner Landwirtschaft: 1.

der wettbewerbsfähigen und wachstumsorientierten Landwirtschaft und 2. des Imageprodukts „urbaner Garten“ in einer wettbewerbsfähigen Stadt.

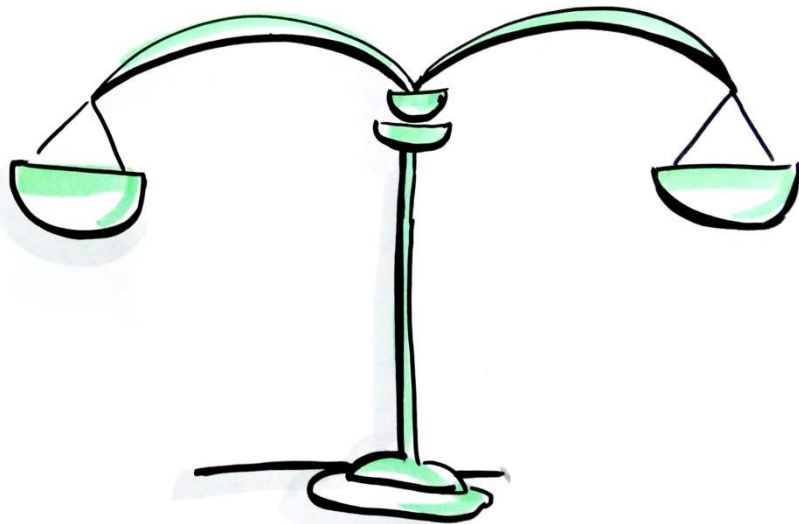
Die Kämpfe um das **Recht auf Stadt** müssen zusammen mit den Kämpfen um Agrarland gedacht werden. Die **Initiative SoLiLa** hat vor einigen Jahren Land für die solidarische Landnutzung besetzt. Danach wurden sie gefragt, ob sie gegen den sozialen Wohnbau seien, dabei schließt das eine das andere nicht aus. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wer sollte darüber entscheiden, wie die Stadt in der Zukunft aussieht und wie ihre Ressourcen genutzt werden? So liegt in Wien der hypothetische Selbstversorgungsgrad mit Gemüse aktuell bei 30 Prozent. Dieser wird aber dadurch verzerrt, dass sehr viel davon



exportiert wird und somit nicht bei Wiener Konsument*innen ankommt. Wir müssen diese verschiedenen Kämpfe über den Rahmen des scheinbar natürlichen zusammendenken, wenn wir darüber bestimmen wollen, was mit den urbanen Feldern passiert.

Was man gegen Landkonzentration tun kann? Land besetzen, auch auf kleiner Ebene.

Exkurs zum rechtlichen Status Quo in Österreich



Wie funktionieren eigentlich Raumordnungsrecht und Grundverkehrsrecht? Um diesen Fragen näherzukommen, hat das Land-Forum zwei externe Referenten eingeladen, die aus ihren Blickwinkeln berichteten.

Franz Staudinger von der **Landwirtschaftskammer Oberösterreich** ist Leiter der Fachabteilung Recht.

Das Grundverkehrsrecht regelt den Erwerb von Grund und Boden mittels behördlichen Bewilligungen. Diese Kontrolle gibt es deshalb, weil Land etwas besonders schützenswertes ist. Dadurch steht es aber auch in einem Spannungsverhältnis zu einigen Grundrechten. Die Freiheit des Liegenschaftsverkehrs, das Eigentumsrecht oder der

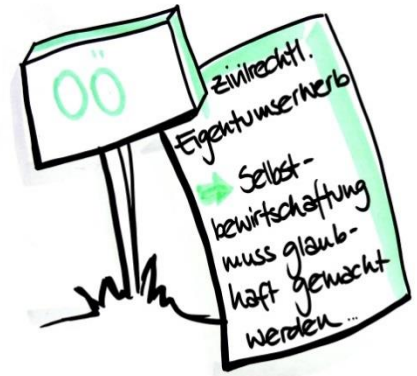
Gleichheitssatz stehen ihm gegenüber. Eine besondere Rechtfertigung für eine grundverkehrsrechtliche Beschränkung durch das Grundverkehrsrecht ist also stets wichtig. Seine Ziele sind die geordnete Siedlungsentwicklung, Schutz und Sicherung für bäuerliche Land- und Forstwirtschaft, sparsame Verwendung von Grund und Boden sowie der Schutz vor kapitalstarken Investor*innen. Dazu kommt, dass jedes Bundesland ein anderes



Gegen das Grundrecht eines Eigentümers kann schwer etwas gemacht werden

Grundverkehrsrecht hat, wodurch sie auch unterschiedlich streng sind. Das Tiroler Grundverkehrsrecht ist beispielsweise strenger als das Oberösterreichische. Der Kauf und Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken ist im Grünen Grundverkehr eingegliedert. Entscheidungen in erster und letzter Instanz werden durch die Bezirksgrundverkehrskommissionen gefällt. Sie bestimmen auch Auflagen und Bedingungen, wohingegen Beschwerden zuerst an das Landesverwaltungsgericht gehen.

Zum **Oberösterreichischen Grundverkehrsrecht**: Damit der Kauf einer landwirtschaftlichen Fläche genehmigt wird, dürfen auf den betreffenden Grundstücken keine Eigenjagden für bloß jagdliche Zwecke vergrößert oder gebildet werden, der Entzug aus land- und forstwirtschaftlicher Nutzung ohne zureichenden Grund erfolgen, Spekulation beabsichtigt sein, eine zu hohe Gegenleistung vorhanden sein oder die Zerstörung günstiger Bodenbesitzgestaltung vorliegen. Außerdem muss entweder eine Selbst- oder Fremdbewirtschaftung bestehen. Den ersten Fall kann man durch den Hauptwohnsitz und eine land- oder forstwirtschaftliche Ausbildung oder eine mindestens 2-jährige Praxis belegen. Das Verfahren kann aber auch gänzlich eingestellt werden, wenn überwiegende öffentliche Interessen an einem Grundstück bestehen. Kleinere Betriebe können in Oberösterreich relativ leicht gekauft werden. Beispielsweise sind „Sacherl“ (1-2 ha Grünland) mit einer nur 2-tägigen Basisausbildung in der Landwirtschaft erwerbbar. Bei größeren Grundstücken wird dagegen eine allgemeine land- und forstwirtschaftliche Fachausbildung verlangt.



Die Eigentumsverhältnisse sind in Oberösterreich im Gegensatz zu den Nutzungsrechten relativ stabil, was sich durch die Zunahme an Verpachtungen erklären lässt. Gleichzeitig ist es schwer, daran etwas zu ändern, denn es gibt kaum Rechtsmittel gegen Landkonzentration durch Pacht. Während in anderen Bundesländern bei langjährigen Pachtverträgen eine Behördenprüfung verlangt wird, ist dies hier selbst bei jahrzehntewährenden Verträgen nicht der Fall.

Arthur Kanonier ist Professor an der Technischen Universität Wien am **Fachbereich Bodenpolitik und Bodenmanagement** und Spezialist auf dem Gebiet des Raumordnungsrechts.

Das Raumordnungsrecht wird maßgeblich von der ihm zugrunde liegenden Raumordnungspolitik beeinflusst, und umgekehrt. In der Raumplanung geht es vorrangig um die Frage, wie man Land aus gesamtgesellschaftlicher Sichtweise am besten nutzt und den Boden schützt. Dabei stehen die sparsame, effiziente Verwendung und die Vermeidung von Zersiedelungstendenzen im Zentrum. Im Salzburger Raumordnungsgesetz wird dies so beschrieben:

Ziel = bestmögliche Nutzung der Flächen



„Raumordnung im Sinn dieses Gesetzes ist die planmäßige Gestaltung eines Gebiets. Sie hat die bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraums im Interesse des Gemeinwohles zum Ziel [...]“ (§ 1 Abs. 1 S1b RG).



Landwirtschaft und bauliche Nutzung stehen in einem konstanten Spannungsverhältnis. Vor allem im Stadtumland und in landwirtschaftlichen Gunstlagen ist der Druck auf Agrarflächen gewaltig. Die Bevölkerungsdynamik hat hier zwar großen Einfluss auf den Wohnungsbau, interessanterweise kommt es aber auch in stagnierenden ländlichen Gebieten mit Bevölkerungsabwanderung zu Zersiedelungsprozessen. Die Antriebskräfte dafür sind also nicht nur demographischer Natur, sondern auch ökonomische und soziokulturelle Treiber (wie z.B. Wohnpräferenzen). Seit 15 Jahren ist diese Problematik ein Thema, mittlerweile werden täglich rund 10 ha

Land in Österreich in Bau- und Verkehrsflächen umgewandelt. Das offizielle Ziel, eine Obergrenze von 3 ha zu einzuhalten, wird dadurch verfehlt. Der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen gestaltet sich nicht zuletzt deshalb schwierig, da Bebauungsverbote für diese selten existieren. In einigen Bundesländern gibt es verbindliche landwirtschaftliche Vorrangflächen. Allerdings haben die Gemeinden auch hier einen sehr großen eigenen Handlungsspielraum.

Herausforderungen ergeben sich auch durch das hierarchische Planungssystem, das sich auf verschiedene föderale Ebenen aufteilt. Auf Landesebene findet die Raumordnungsgesetzgebung statt. Auf Basis dessen können Maßnahmen der überörtlichen Raumplanung mit Festlegungen für regionale Grünzonen oder überörtliche Siedlungsgrenzen erstellt werden, wie **regionale Raumordnungsprogramme** der Länder. Die örtliche Ebene der Gemeinden umfasst das örtliche Entwicklungskonzept, den **Flächenwidmungsplan** sowie den Bebauungsplan. Im Bauverfahren legt die Baubehörde die planerischen Vorgaben aus und die individuelle Bautätigkeit muss den Vorgaben in den Plänen und Programmen entsprechen. Probleme ergeben sich hier dadurch, dass örtliche Bestimmungen überörtlichen Planungszielen widersprechen können. Auch die Pluralität von Handlungszielen schafft Herausforderungen. In der politischen Praxis und in der Bevölkerung wird Boden außerdem nicht als knappes Gut wahrgenommen. Die Vorstellung vom Haus im Grünen ist daher noch immer sehr präsent und öffentlichkeitswirksam. Somit sind die langfristig verbauungsschützenden Regelungen der Raumplanung nicht sehr beliebt und Fehlentwicklungen wie die Zersiedelung werden meist erst nach der Bebauung erkannt.





Die Vorgaben und Instrumente, die existieren, um Flächen zu schützen, wären verfügbar, werden aber teilweise nicht umgesetzt – es existiert daher ein Umsetzungsdefizit. Die überörtliche Raumplanung auf Landesebene ist bezüglich des Bodenschutzes künftig besonders gefordert. Außerdem ist die

Baulandmobilisierung, also die Aktivierung von unbebauten, als Bauland gewidmeten Flächen, ein Vorstoß, um andere Flächen vor einer Verbauung zu schützen.

Mit Recht zu Land?!



Welche Rolle spielen rechtliche Rahmenbedingungen für Landkonzentration und zunehmende nicht-landwirtschaftliche Nutzung von Land? Wie kann der lokale und nationale, rechtliche und institutionelle Rahmen im Sinne demokratischer, ökologischer und sozial gerechter Zugangs- und Nutzungsformen von Land verändert werden? Wie können (menschen-)rechtliche Instrumente wie die „Rechte von Kleinbäuer*innen“ oder die FAO-Land-Leitlinien das Recht auf Land voranzutreiben? Welche Erfolge können Rechtsformen wie gemeinnützige Stiftungen oder Genossenschaften bringen?

Sjoerd Wartena ist Mitbegründer der 2003 in Frankreich entstandenen Bewegung **Terre de Liens**, die Land kauft und an Bauern und Bäuerinnen verpachtet.

Mit zwei Instrumenten – der solidarischen Aktionärs-gesellschaft und der Stiftung – konnte eine Organisation geschaffen werden, die mittlerweile sehr bekannt ist. In jeder französischen Region gibt es einen Ableger von Terre de Liens. Wir sind politisch abgesichert und werden vom Landwirtschaftsministerium als Partner anerkannt, unsere Arbeit hat also auch auf nationaler Ebene Einfluss. Eine wichtige Rahmenbedingung ist es, darauf abzielen, eine breite Allianz zu gründen, die stark genug ist, um gehört zu werden. Man muss stark sein, um etwas Starkes zu bremsen – das ist sehr wichtig.



Auch zwischen Umweltschutz und guter Landwirtschaft muss man eine Allianz schmieden – dann hat man wirklichen Einfluss. Alle die hier sitzen sind Teil einer sozialen und solidarökonomischen Bewegung. Wir haben andere Ziele als die kapitalistische Gesellschaft. Wir wollen nicht größer werden, um reich zu werden. Wir gehen auf eine andere Weise mit Land und Landwirtschaft um. Und: das ist keine kleine Gruppe. Überall gibt es enorm viele von diesen Initiativen und man soll sie zusammenbringen, damit sie sichtbar werden und damit sie gehört werden. Dafür müssen wir Kompromisse eingehen, delegieren können und Vertrauen haben in die Menschen.

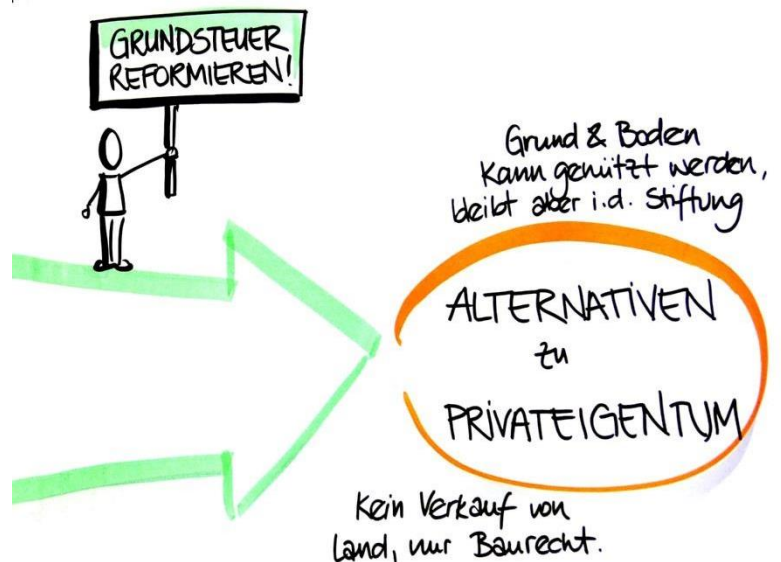
Terre de Liens ist der Versuch, Landverwaltung durch die Zivilgesellschaft und nicht ausschließlich über landwirtschaftliche Institutionen zu organisieren. Denn Land ist ein gemeinsames Gut, das ist der Grund, warum wir als Bewegung organisiert sind und es auch internationale Arbeitsgruppen gibt. Die Frage ist, wie wir uns auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zusammenschließen und eine starke Gemeinschaft bilden können. Dieses Land-Forum stellt auch eine Möglichkeit dar, Partnerorganisationen und Mitstreiter*innen kennenzulernen.

Margit Fischer ist aktiv beim **Verein RASENNA – Boden mit Zukunft** und arbeitet an der Gründung einer **gemeinnützigen Bodenstiftung**, um Grund und Boden als Gemeingut zu verwirklichen.

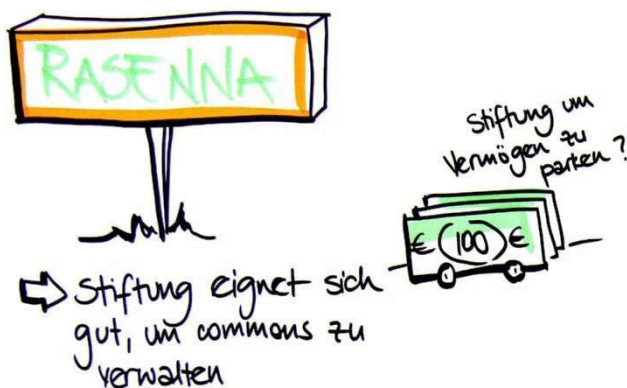
Seit dem Finanzcrash 2008/09 gibt es einen globalen Run auf Land, der durch unser Konzept von Privateigentum überhaupt erst möglich wurde. Privateigentum ist etwas sehr attraktives. Als Eigentümer von etwas hat man alle Freiheit und Sicherheit, damit tun zu können was man möchte, man kann andere davon ausschließen, es zerstören oder nicht nutzen. Darin liegt die Ursache, dass Boden als Ware gehandelt werden kann. Der Bodenmarkt ist liberalisiert und kann nicht besonders gut in Schach gehalten werden – auch wenn es Versuche dazu gibt, auch wenn es Gesetze gibt, auch wenn es eine Grundverkehrskommission gibt. Es ist schwierig, Landkonzentration in den Händen weniger Personen und Konzerne zu verhindern. Daher ist es wichtig, Alternativen dazu suchen.

Stiftungen sind gerade in Österreich ziemlich in Verruf geraten und es ist hier eine spezielle Situation, die im ganzen deutschsprachigen Raum ähnlich ist – sie werden sehr häufig dazu genutzt, um Vermögen zu parken und es vor Steuern zu verstecken. Die Stiftung als rechtliche Form ist im Grunde eine sehr gut geeignete Form, um Vermögen zu halten und für gemeinnützige Zwecke zu widmen. Seit Jänner 2016 gibt es ein neues Bundesstiftungsgesetz, das uns die Gründung erleichtern wird. Wir kämpfen mit dem **Mietshaussyndikat**, mit *Terre de Liens*, mit den

Ökonauten für die gleiche Sache, wir wollen, dass der Zugang zu Land, zu Grund und Boden, zu Wohnraum, für künstlerische Freiräume, für Landwirtschaft, für wirkliche Bedürfnisse offen ist und eben nicht für Profite.



Beim Land-Forum geht es darum, dass die Strukturen aufgebrochen werden. Und die Strukturen werden dadurch aufgebrochen, dass wir neue Formen, auch neue Eigentumsformen schaffen, wie wir mit Grund und Boden umgehen.



Die Organe der Stiftung sind demokratisch organisiert und verwalten Land als Allmende, als Gemeingut. Eine gemeinnützige Stiftung kann die Schnittstelle sein zwischen jenen, die Zugang zu Land brauchen und jenen, die Land haben. Sie bietet Menschen die Möglichkeit, Land oder Liegenschaften zu stiften und an ihre Idee zu binden – z.B. dass ein Hof biologisch bewirtschaftet werden muss – und sie bietet Neueinsteiger*innen in die Landwirtschaft die Möglichkeit, Zugang zu Hof und Land zu bekommen.

René Tettenborn ist im Vorstand von der **Ökonauten EG**, einer ErzeugerInnen-KonsumentInnen-genossenschaft in der Region Berlin-Brandenburg. Er betreut als Regionalentwickler verschiedene kommunale und zivilgesellschaftliche Projekte im ländlichen Raum.

Die Ökonauten EG ist eine Erzeuger*innen-Konsument*innen-Genossenschaft. Das bedeutet, dass sowohl Landwirt*innen als auch Konsument*innen Mitglieder sind und in einem Austausch stehen. Durch ihre Einlage kann Land gekauft werden, welches den (Jung-)Landwirt*innen zu einer vernünftigen Pacht und Kondition zur Verfügung gestellt werden kann. Auch bei der Direktvermarktung können sie unterstützt werden. Oberstes Ziel der Genossenschaft ist es, Land für eine diverse und bäuerliche Landwirtschaft zu sichern. Das geht nur mit Kapital ohne

Renditeinteresse. Darüber hinaus sollen sich die Produzent*innen auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren können. Der „Beruf“ oder besser gesagt die „Berufung“ Bäuerin bzw. Bauer soll wieder attraktiv für junge Menschen sein. Die Genossenschaft hat sich auch deshalb in Brandenburg gegründet, weil es in Ostdeutschland das Phänomen von sehr großen Agrarbetrieben gibt. Die Ursache liegt unter anderem an den Agrarstrukturen der DDR sowie den besonderen Umstrukturierungsprozessen während der Wende. Die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften waren Organisationen mit mehreren tausenden ha Land. Während der Wendezeit und dem Systemwechsel haben viele Menschen in Ostdeutschland nicht gewusst, wie sie mit den neuen Realitäten umgehen sollten. Es gab aber auch einige Leute, die nicht aus Ostdeutschland waren und genau wussten was sie taten – Land kaufen. Die Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH hat dabei eine unterstützende Rolle eingenommen.



In ganz Deutschland sperren um die 7.000 Betriebe im Jahr zu, weil es keine Hofnachfolge gibt und die großen Agrargenossenschaften und „landwirtschaftsfremde“ Investor*innen jede Fläche aufkaufen, die sie in die Hände bekommen. Also muss eine Alternative her: Bürger*innen- oder Konsument*innengetragene Genossenschaften können ein Teil der Lösung sein. Die Ökonauten sind grundsätzlich nur in Brandenburg tätig. Eine regionale Begrenzung ist für einen engen Konsument*innen-Erzeuger*innenaustausch wichtig. Brandenburg ist als ostdeutsches Bundesland auch besonders von den Wendewirren betroffen. Hier bearbeiten 6 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe 45 Prozent des Landes. Nicht wenige Betriebe bearbeiten 1.000 ha und mehr. Landkauf und die stark steigenden Bodenpreise in der Region sind für solche Unternehmen oder agrarfremde Investor*innen kein Problem. Diese kaufen Land ein und legen meist nicht viel Wert auf eine nachhaltige boden- und umweltschonende Bearbeitung. Ein Problem, das dadurch entsteht, ist beispielsweise die Versandung und Verödung der Böden. Hier wird Boden als Investitionsgut angesehen und auf 20 Jahre abgeschrieben. Dadurch entsteht auch die Bodenknappheit für kleinere Landwirtschaften. Neue Landwirtschaften in einem solchen Umfeld zu gründen fällt sehr schwer. Die Ökonauten arbeiten für eine diverse Landwirtschaft in Brandenburg.

wir **KOMMUNIZIEREN** viel
... und wir haben viel **GEDULD** 

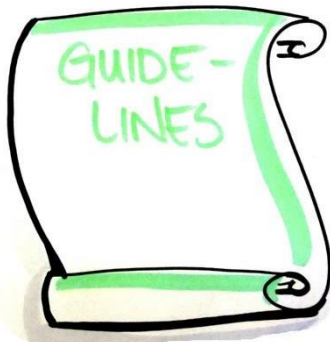
Geduld haben ist eine wichtige Voraussetzung für diese Arbeit. Wir haben 50 Jahre gebraucht, um unser Verständnis von Lebensmitteln komplett zu zerstören. Deutschland hat dabei mit den Discountern und dem „Geiz ist geil“-Ansatz eine

Vorreiterrolle übernommen. Daher ist Geduld angebracht und es muss mit kleinen Projekten begonnen werden. Daran möchten die Ökonauten arbeiten und als ein Baustein dazu beitragen, dass Land gesichert wird und LandwirtInnen unterstützt werden.

Brigitte Reisenberger ist Geschäftsleiterin von **FIAN Österreich**, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt.

Der menschenrechtliche Aspekt in der Diskussion um Landkonzentration kommt zu tragen, wenn es um den Zugang zu Land für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern geht. FIAN ist eine Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung und bezieht sich auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Für die Erfüllung dieser Rechte ist es wichtig, entweder den Zugang zu ökonomischen Mitteln oder Mitteln zur Beschaffung (zb. Land) sicherzustellen. In der Raumordnung und dem Grundverkehrsrecht fehlen genau diese menschenrechtlichen und sozialen Aspekte, die das

Thema Zugang zu Land zu einer gesamtgesellschaftlichen Debatte machen würden. Dies kommt einerseits daher, dass die aktuelle Landverwaltung, die das momentane (Land-)Wirtschaften dominiert, als rein technische Angelegenheit wahrgenommen wird. Andererseits ist sie durch starke Eigentumsrechte sowie sehr genaue Land- und Grundkataster gekennzeichnet, die den liberalisierten Landmärkten entsprechen. Gleichzeitig ist es aber ein **Mythos**, dass die Landverwaltung in Europa gut funktioniert. Die Landfrage stellt sich definitiv – zumindest aus menschenrechtlicher Perspektive.



Das Instrument, auf das sich FIAN vorrangig konzentriert, sind die FAO-Leitlinien zu Land Governance – die **Land Tenure Guidelines**. Sie wurden 2012 auf Ebene der FAO (Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen) verabschiedet und sind in einem inklusiven Prozess entstanden, der zivilgesellschaftliche und insbesondere bäuerliche Organisationen integriert hat. Dabei ist ein grober Referenzrahmen entstanden, der Landnutzung und -verwaltung neu gestalten möchte. Die Leitlinien können ein Türöffner sein, um den öffentlichen Behörden und politischen Institutionen

die Debatte um eine Land- bzw. Agrarreform auch in Europa „aufzudrängen“ und somit die bestehende Landverwaltung aufzubrechen. Es ist damit einerseits möglich, Probleme zu identifizieren, andererseits, sich an den Handlungsanleitungen zu orientieren, wie Beteiligungsprozesse organisiert werden können, um Landverwaltung zu verändern.

In den Land Tenure Guidelines werden verschiedene Formen an Landnutzungsrechten angeführt – vom Eigentumsrecht über Langzeitpachtverträge bis hin zu Stiftungen und gemeinschaftlichen Nutzungsformen von Land. Auch Steuern sind ein Thema: Als Instrument, um großen Eigentumskonzentrationen entgegen zu wirken. Landmärkte sollten so organisiert sein, dass die Nutzungsrechte von kleineren Produzent*innen geschützt werden und die

Ernährungssouveränität einer Region der bestimmende Faktor sein sollte, wie wir Land verwalten. Partizipation und Transparenz sind ein weiterer Schwerpunkt der Leitlinien, denn Entscheidungsprozesse der Raumordnung und des Grundverkehrsrechts laufen meistens hinter verschlossenen Türen ab und es bleibt unklar, wer in welcher Form beteiligt ist.

Auch wenn die Land Tenure Guidelines sehr technisch wirken – sie bieten viele Möglichkeiten, um eine Debatte anzustoßen und einen Fuß in die Tür von Behörden und politischen Institutionen zu bekommen.

